

88. Jahrgang. Nr. 52. Mittwoch, 1. Februar 1922.

Dresdner Nachrichten

Redaktionssitz: Nachrichten Dresden.
Periodicität - Sammelnummer 25 241
Zur Nr. Nachdrucksprüfung: 20011.

Bezugs-Gebühr In Dresden und Umgegend bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14,— M., zweitälterlich 42,— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Verband monatlich 12,50 M., zweitälterlich 37,50 M.
Unzeigen-Preise. Die simpele 37 mm lange Zelle 4,— M. Auf Familienanzeigen, Unzeigen unter Seiten- u. Wohnungserkundl. 18-pföndige Min. u. Verkauf 25,— M. Bezugsansprüche laut Kurs. Auslandsergl. Befruchtung geg. Herausbezahlt. Einzelpreis d. Werbenachrichten 40 Pf.

**Gesellschaft und Geschichtsforschung
Marienstraße 38/40.
Gruß u. Verlag von Siegert & Neumann in Dresden
Postfach 2000 1068 Dresden.**

Bor der Entscheidung über den Streik.

Bermittelungsversuche des Deutschen Beamtenbundes.

(Druckschriften des Berliner Schriftleiters.)
Berlin, 31. Jan. Heute nachmittag tritt der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbüroamier und Auswärter zusammen. Von ihm hängt die Entscheidung darüber ab, ob die Beschlüsse des erweiterten Vorstandes vom 21. Januar Tatsache werden und ob etwa ½ Million Eisenbahnamte zum Streik aufgerufen werden sollen. Voranschließlich dürfte die Eignung einer Vergütung erfahren, da der Deutsche Beamtenbund eine Abordnung zum Reichsverkehrsminister Groener senden will, um den Versuch zu machen, eine Brücke zwischen der Regierung und der Beamtenorganisation zu schlagen. Ob dieses Vorhaben aber nach der gestrigen Stellungnahme des Kabinetts Aussicht auf Erfolg hat, wird angezweifelt. Daneben beabsichtigt der Deutsche Beamtenbund mit den Beamtenausschüssen des Reichstags in Verbindung zu treten, um durch Parlamentarier der Regierung einen Vermittlungsvorschlag unterbreiten zu lassen. Sollten sich jedoch diese Neilegungsversuche verschlagen und der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft den Beschluss des erweiterten Vorstandes billigen, so kann schon morgen der Eisenbahneraufstand

wenn er sich zunächst wohl auch nur in Teilstationen äußern dürfte. Der Hauptvorstand wird jedenfalls bei der Proklamation des Streiks mit sehr eistem Widerstand zu rechnen haben. Es mehrt sich die Zahl der Beamten, die in dem Vorgehen der Reichsverwaltung eine ernste Gefahr für das gesamte Bernhöfbeamtenium sieht. Von ist der Ausschaffung, daß der Geschenktwurf über die Beamtenrate und Beamtenverletzungen, der gegenwärtig dem Reichstage vorliegt, durch die leichten Erträge seineswegs günstig beeinflußt werden wird. Es wird auch achtend gemacht, daß in Südbadenland nur eine sehr geringe Sitzbestimmung vorhanden ist. Der Reichsverkehrsminister hat das Reichspostministerium ersucht, für den Fall eines Streiks die telegraphischen Anweisungen des Verkehrsministeriums an die Direktionbezirke und nachgeordneten Behörden mit Vorrang zu beobachten.

Der Streitwille der Reichsgewerkschaft.
Berlin, 31. Januar. Wie das "Berl. Tagebl." hört, hat der geschäftsführende Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbürokraten und Anwälter den Hauptvorstand ernannt beantragt, den Streit zu verhindern, falls die im Ultimatum gestellten Forderungen abgelehnt würden. Der Hauptvorstand hat deshalb seine Mitglieder zu einer dringenden Sitzung für heute nachmittag einzuberufen. (M. T. 3)

Dringende Meldung der Reichsregierung.

Differenzierende Bezeichnung der Zielobjekte für die Steuerung.

bun des Reichsfinanzministeriums, der Schößregierung und Reichstag bedauerlicherweise angelossen haben. Weiter wird in der Entschließung die

Haltung des Reichsverkehrsministers besonders in der Fronte der Arbeitszeit verurteilt und schließlich die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung den drohenden Kampf durch die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft vermeiden wird.

Vor der Einigung über die Beamtenbesoldung?

Von Regierungssseite erfährt eine Berliner Korrespondenz: Die Beschränkungen, daß es zu Eisenbahntreiks und zu Beamtenstreiks kommen dürfte, sind kaum noch berechtigt. Die Regierung ist verhandlungsbereit und wird die Beratungen mit den Spartenorganisationen Ende der Woche aufnehmen, nachdem am Mittwoch eine Fühlungnahme mit den Ländern vorangegangen ist. Bei den Verhandlungen werden die Reichstagsparteien vertreten sein, denn die Regierung legt Wert darauf, Hand in Hand mit dem Parlament zu arbeiten. Die neuen Finanzmittel sollen zur Sanierung der Finanzen dienen; es ist also von vornherein ausgeschlossen, neue 10 bis 15 Milliarden Beamtenforderungen aus den neuen Steuern zu bestreiten. Der Reichstag wird Vorschläge zu machen haben, aus welchen Mitteln im Zukunfts die neuen Beamtenausbesserungen zu zahlen sind. Die Regierung ist bereit, den unteren Besoldungsgruppen zuerst zu helfen. Man will keine langwierigen Verhandlungen über Aenderung der Grundgehälter und andere Gestaltung der Erstklassen pflegen — selbstverständlich sollen diese Fragen später erörtert werden —, sondern die Regierung will für die besten Orte zunächst Leistungszuschläge gewähren, so daß alle Beamten sofort in den Besitz von Anlagen kommen. Die definitive Regelung bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten.

Schließung der Deutschen Werke?

Eigener Druckschrift der „Dresdner Nachrichten“
Basel, 31. Jan. Die „Baseler Nachrichten“ melden
aus Paris: Vom dem „Journal des Débat“ hat der Bots-
chafterrat in seiner letzten Sitzung Ergänzungsdoku-
mente zur definitiven Schließung der
Deutschen Werte für den 31. Dezember 1922 an-
gestimmt.

Verhandlung der Konferenz von Genua.
Paris, 21. Jan. Wie Havas mitteilt, macht sich in de-

Kreisen der alliierten Diplomaten von Tag zu Tag immer mehr der Gedanke gestehend, daß der Zusammenschluß der Konferenz von Genua etwas verschoben werden müsse. Auch die britische Regierung ziehe ohne Bedenken eine Verzögerung in Betracht, die eine bessere Vorbereitung ermögliche und damit die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz erhöhe. (W. T. B.)

Rußlands Verzicht auf Schadenerstahl.

Glossy Drucksbericht der Dresdner Nachrichten.
Stockholm, 31. Jan. Die russischen Blätter wenden jetzt ihre Aufmerksamkeit andauernd der kommenden Konferenz von Genf zu. Sie beschäftigen sich mit der Frage, ob Rußland nicht den Versailler Friedensvertrag anerkennen und sich damit den Artikel 116 (Anerkennung des Anspruches Rußlands auf Schadenerstattung Deutschland) zunutze machen sollten. Dieser Gedanke wird von den Blättern auf das Schärfste zurückgewiesen. Die "Moskauer Pravda" schreibt: Sowjet-Rußland wird niemals den Artikel 116 ausnutzen. Es würde sich damit nur bei dem deutschen Proletariat in Verzug bringen und seinem moralischen Ansehen einen schweren Schlag versetzen. Aehnlich spricht sich die "Rote Zeitung" aus.

Der „traurige Friede“ von Versailles.

London, 31. Jan. Der frühere Lordkanzler und Kriegsminister Haldane hat in einer Rede vor Mitgliedern der Arbeiterpartei erklärt, der Friede von Versailles sei ein trauriger Friede. Es werde niemals Frieden kommen, solange die Nationen in zwei Gruppen geteilt seien, von denen die eine größere Macht habe, als die andere. Was England brauche, sei eine Fortschrittspartei von solcher Kraft, daß sie die heutige Regierung ersegen könne.

Senator Borah gegen einen Schuldnachlaß

Washington, 31. Jan. Der Senat besprach die Frage der alliierten Schulden an Amerika. Senator Borah erklärte, in den Vereinigten Staaten und im Auslande seien mächtige finanzielle Einflüsse am Werke, deren Ziel sei, daß die alliierten Nationen die den Vereinigten Staaten geschuldeten 11 Milliarden Dollar niemals zurückzuzahlen sollten. Wenn man der Kommission für die Schulden an Amerika Vollmacht gebe, das Datum für die Zahlung der Zinsen zu verlängern, so würde die Folge davon sein, daß während fünf oder sechs Jahren keine Zinsen eingehen würden. Dies würde auf neue Darlehen an die Schuldnerationen hinauslaufen, auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler, denn die Folge dieses Zustandes würde eine Erhöhung der Steuern in Amerika sein müssen. (33. T. 2)

Griechenland und die Lage im Kleinasien.

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.)

Athen, im Januar 1922.
Es ist schon ein Jahr her. — Über dem weißen Häusermeer Athens strahlt vom blauen Griechenhimmel die Sonne. Von Königsschloß über die Alropolis und den ernsten Areopag, zum Enkabetos und Muselion, über den Hermellos und Pentelikon, den Megaleos und Kephisos, über Phaleron bis hinab zum Piräus das gleiche farbenprächtige Bild, wogt in Lichtermeer, wolst eine Flut von Fahnen. In der Odysseusthöle, der Hauptstraße, vom Verfassungsschloß mit dem kleinen Bahnhof der Laurionbahn — ein Menschenewühl. Dicht aneinander gedrängt, Arm in Arm Bürger, Offiziere, Studenten, Soldaten, Arbeiter und Bauern aus Attika. An die europäische Kleidung der Athener mischt sich das faltenreiche weiße Ballertröckchen der Nationaltracht, die sogenannte „Rustanella“ vom Pelopones, die blaue Weste auf weißem Hemd der Hirten aus den Bergen Euboeas. Glöden läuten — in der Luft liegt ein frined Klingen von Musik. — „Erhebe“, er kommt — „ilthe“, er ist gekommen — „ton ephera me, ton ethelame“, wir wollten ihn, wir brachten ihn — „Alto o Basileos, alto Roko“, Heil Dir o König, Heil Dir Konstantin! — Die „Olive“, das Abzeichen der Anhänger Konstantins hat gegenüber dem „Auler“, dem Abzeichen der Benizelisten, im Wahlkampf gesiegt. Von seinem Volke umgeben feiert Konstantin mit seiner Gemahlin Sophie in die Delmatia aufzug — und Griechenland feiert. Am Taumel sieht das Volk ferne Zeiten, die blühenden griechischen Gefilde von Messandrien, Antiochien und Konstantinopel tauchen in einem Träumen auf — die Namen Konstantin und Sophie, ja allein bürigen bereits dafür — das Konstantin der Wohlte es sein werde, der die Messe Konstantins des Eisten Galakologos in der Hagia Sophia fortsetzen werde, die unterbrochen ward, als Sultan Mohamed in Konstantinopel einztrat.

Ein Jahr ist dahingegegangen, ein Jahr voller Sorgen, ein Jahr, das das griechische Volk Schweres durchmachen ließ. Den Feier- und Freudentagen folgten im Mai Tage, wo man den Abtransport der Truppen nach Kleinasien gewaltig zu verhindern suchte, wo die Regierung den Ausnahmestand erklärte — und wieder lach der blaue Griechenhimmel, wieder blühen Palmen und Aprikosen, wieder hängen Apfelsinen goldsaftig von den Bäumen in die Straßen hinein — aber dahin ist die sonnige Heiterkeit Athen. Düster und traurig schauen des Parthenon unvergleichliche Säulenreihen, das Erechteion, die Propyläen und der Krempa, verklungen ist die Königshymne von dem „Adlersohn“, eingezogen der „Agamemnon“, die blau-weiße Nationalfahne, verschwunden ist der „bizantinische Adler“. Unendliche Opfer an Menschen und Geld hat das griechische Volk gebracht — und der Erfolg? — Unerreichbarer denn je ist die Konstantinstadt am Goldenen Horn, aus den Bergen Anatoliens aber dringt der Schlachtesang der Türken „jamit blämt discharem“ Smurna in unsere Seele.

Der König ist mit seinem Stabe von der Front nach Italien zurückgekehrt. Er hält sich vollkommen zurück und scheint nur den einen Wunsch zu haben, daß man ihn für einige Zeit vergesse. Die Kammer hat zwar seinem Ministerpräsidenten Gunarid mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen, trotzdem ist aber die Stellung des eigenen Ensiems stark erschüttert. Die Enttäuschung des Volkes richtet sich in erster Linie gegen König Konstantin und seine Rätegeber, obgleich der König für das Misserfolg der militärischen Operationen Kleinasiens nicht in diesem Maße verantwortlich gemacht werden kann. Es ist nicht seine Schuld, wenn die offensive den Griechen nicht den Siegedorbeen brachte, wenn das Griechenheer kurz vor den Toren Angoras wieder umkehrte. Das von ihm geführte Griechenheer hat im Laufe des letzten Sommers Erfolge errungen und Taten vollbracht, auf die es sonst kein kann. Man merkte sowohl in der Anlage wie in der Vorbereitung und Durchführung der Operationen deutlich die schon so oft bewährte Führung des Königs. Der Großenwahnsinn eines Venizelos hat Griechenland und sein tapferes Heer vor Aufgaben gestellt, die zu lösen es einfach nicht in der Lage ist, weil ihm die nötigen Kräfte und Mittel hierzu fehlen. Er hat den König damit in eine Falle gebracht, die auch dessen überlegene Kriegsführung nicht zu überwinden vermochte, die aber ein Venizelos und ein General Paraskevopoulos erst recht nicht gemeistert hätten.

Unter dem Einfluss dieser Lage und in dem Bestreben, ihrer nach dem Scheitern der militärischen Operationen auf diplomatischem Wege Herr zu werden, sandte der König Anfang November seinen Ministerpräsidenten Gunarls und seinem Außenminister Baltazzi in die Entente-Hauptstädte. Sie sollten versuchen, mit Unterstützung Englands in Frankreich heranzukommen und doch für König Konstantin und eine Beilegung des türkischen Krieges in griechischem Sinne zu gewinnen. Gunars bestrebt war noch immer aus Neisen. Gespannt horchte Griechenland die Nachrichten aus London, Paris und Rom, aber neiligen wenig Hoffnungsvoll. An einen Erfolg der Mission seines Ministerpräsidenten glaubt hier niemand mehr. Man sieht ihn bereits mit leeren Händen, dafür aber überall schlecht behandelt, zurückkehren. Was aber dann? — Das ist die sorgenvolle Frage. — Man dachte an eine Aussöhnung König Konstantins mit Venizelos und hoffte, auf eine solche gestützt, Griecheland durch die ihm drohenden Gefahren hindurch steuern zu können. Der von Venizelos eingesetzte und von König Konstantin in seiner Stellung belassene Gouverneur von Samos, Stergiades, eine sowohl bei den Konstantinisten wie Venizelisten angesehene Persönlichkeit, sollte durch Übernahme der Regierung die Grundlage für eine solche Aussöhnung bilden. Auch diese Pläne der Anhänger Konstantins sind fehlgeschlagen. Die Venizelisten lehnen ab. Sie haben den Kampf gegen König Konstantin auf der ganzen Linie bereits wieder aufgenommen. Unzählige Söhne stehen bereits wieder unter Waffen zum Infanterie-